



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 4 / 2010

Nr. 34 – BIA-Nachrichten – Das deutsche Stadtblatt – für Volk und Heimat

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76 Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

ePost: info@auslaenderstopp.de

Sarrazin hat Recht!

Mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“, hat der frühere Politiker und Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin die herrschende politische Klasse aufgeschreckt und mit seinen Thesen eine im Volk noch selten dagewesene Zustimmungsrate von bis zu 90 Prozent erreicht.

Das dann folgende „Kessel-treiben“ gegen ihn, was seinen beruflichen Rückzug und das inzwischen eingeleitete Ausschlußverfahren aus der SPD zur Folge hatte, wirft auch ein bezeichnendes Bild auf die angebliche Meinungsfreiheit in Deutschland, die zwar im Grundgesetz steht, realistisch aber mit dem Zusatz versehen sein müßte: „...wenn man bereit ist, die Konsequenzen dafür zu tragen“. Politische Ächtung und drohenden Arbeitsplatzverlust muß heute offenkundig jeder fürchten, der sich politisch „inkorrekt“ verhält.

Sarrazin mahnt eine Bevölkerungspolitik an, die es praktisch gar nicht mehr gibt, weil die herrschende Politik fehlenden deutschen Nachwuchs eben einfach durch mehr Zuwanderung ausgleichen will und das Aussterben des eigenen Volkes in Kauf nimmt. Wofür also speziell

noch deutsche Familien und Kinder fördern? Er prangert zu recht an, „die sich lieber darüber aufregen, daß die Temperatur in 100 Jahren um zwei bis vier Grad steigt, anstatt darüber, daß die Zahl der Deutschen im selben Zeitraum um 80 Prozent sinken wird“. Sein Anliegen umreißt Sarrazin mit den Worten: „Für mich ist es wichtig, daß Europa seine kulturelle Identität als europäisches Abendland und Deutschland seine als Land mit deutscher Sprache wahrt, als Land in Europa, vereint mit den umgebenden Franzosen, Niederländern, Dänen, Polen und anderen, aber doch mit deutscher Tradition.“ Und er erklärt die Unterschiede zwischen den Völkern und Kulturen. In Deutschland gehe es darum, die Grundzüge unserer Kultur, unserer Identität und unserer Lebensweise zu bewahren und an unsere Nachfahren weiterzugeben. Regelrecht beschwörend mahnt er in seinem Buch: „Wir haben die Lebensverhältnisse unserer Kinder, Enkel und Urenkel in viel höherem Maße in der Hand, als wir glauben. Wir können es aber auch verhunzen.“

Will man etwas kritisieren an seiner aufschlußreichen Veröffentlichung, dann ist es der Um-

stand, daß er nicht die notwendigen Konsequenzen der Entwicklung deutlich genug benennt:

Eine „qualifizierte“ Zuwanderung wird es nie geben. Warum sollten ausgewiesene Fachkräfte aus ihren Heimatländern zu uns übersiedeln? Jahr für Jahr verlassen stattdessen rund 150.000 gut ausgebildete eigene Landsleute Deutschland, weil sie hier keine ausreichende Zukunftsperspektive mehr sehen und woanders bessere Bedingungen vorfinden. Ins Land kommen dafür hauptsächlich sogenannten „bildungsferne“ Schichten, die das allgemeine Niveau senken.

Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen sind oft unintegrierbar und passen nicht zu uns. Die Folge ist, daß sich immer mehr Bürger in ihrer eigenen Heimat nicht mehr heimisch fühlen und ganze Stadtteile überfremdet werden. Zuwanderung verschärft die wirtschaftlichen und sozialen Probleme und „Multi-Kulti“ ist gescheitert.

Die herrschenden Parteien dulden und fördern dies alles.



Thilo Sarrazin

Bild: Bundesbank

Der einzige Weg zur Besserung ist deshalb die Abwahl dieser politischen Kräfte und deren Ersatz durch volksverbundene Politiker, die dafür sorgen, daß Deutschland das Land der Deutschen bleibt.

In Nürnberg ist in der Kommunalpolitik die Wählergruppe „**Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA)**“ die deutsche Kraft im Rathaus, die für die einheimischen Bürger einsteht und sagt „Deutsche zuerst!“ Für ein wohnliches deutsches Nürnberg!

Für diesen Kurs bitten wir auch weiterhin um Ihre Unterstützung.

**Ralf Ollert, Stadtrat,
Gruppensprecher der BIA**

Grundsatzklärung zum Haushalt 2011

300 Millionen mehr Schulden in 10 Jahren

In guten Zeiten sparen für schlechtere Zeiten. Dieser bewährte Grundsatz wurde in Nürnberg seit langem geradezu sträflich mißachtet.

Denn wenn man heute die schlechte Kassenlage mit der Finanz- und Wirtschaftskrise begründen will, muß eben auch festgestellt werden, daß man in konjunkturell besseren Jahren keine größeren Rücklagen geschaffen, sondern die Stadt immer weiter verschuldet hat.

Alleine in den letzten zehn Jahren wurden rund 300 Millionen Euro zusätzliche Schulden angehäuft, so daß die Milliarden-Grenze längst überschritten ist, auch wenn man die Eigenbetriebe nicht mit einrechnet. Noch vorhandene Rücklagen wurden auf nahezu Null aufgebraucht.

Das einst ausgegebene Ziel, ab 2010 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, ist auf den "Sankt Nimmerleinstag" verschoben worden. Diese vormalige Ankündigung war wohl nur zur Beruhigung der besorgten Bürger gedacht. Mit dem Vollzug des vorgelegten Haushaltsplanentwurfes kommen weitere voraussichtlich 48,1 Millionen Euro neue Schulden für die Bürger Nürnbergs hinzu.

Trotz niedrigen Niveaus müssen dafür rund 50 Millionen Euro für Zinsen bereitgestellt werden. Damit werden die Bürger weiter belastet und kommenden Generationen hinterlassen die Verantwortlichen eine schier nicht mehr zu tilgende Last.

Auch der heutige Haushaltsplanentwurf zeigt, – außer dem unbedingt Notwendigen, damit dieser überhaupt genehmigt wird, – keinen echten Sparwillen auf. Nach wie vor enthält er Projekte, wie die Straßenbahn in der Pillenreuther Straße, die kei-

ner will und keiner braucht. Die die Verwaltungsreform an der Stadtspitze bleibt weiterhin nur angekündigt und ist bisher an den Begehrlichkeiten der herrschenden Parteien gescheitert.

Wie gehabt werden unzählige Vereinigungen gefördert, die Interessen von Minderheiten vertreten, wo man genauso gut eine Selbstfinanzierung durch Eigenleistung und Förderer verlangen könnte. Dagegen will man die Breitensportvereine in der Zukunft mit weiteren Vorschriften für die Förderung gängeln und die Bürger mit immer mehr steigenden Gebühren und Abgaben belastet.

Stadtverwaltung gibt Riesensummen für antideutsche Subkulturen

Auch die Unterstützung der antideutschen Subkultur ist weiter ein Anliegen der Stadtverwaltung. So sollen Millionen für den Z-Bau ausgegeben werden. Und für die DESI, wo immer wieder höchst fragwürdige Veranstaltungen stattfinden, sind wieder über 140.000 Euro eingeplant, um nur zwei Beispiele zu erwähnen. Im letzteren Falle der DESI, ist jetzt ja sogar die CSU einmal aufgewacht und hat mit der Forderung nach Mittelaussetzung endlich Konsequenzen gezogen. Nur am Rande sei bemerkt, daß es bereits gleichlautende Anträge der BIA gegeben hatte.

Von herausragender Bedeutung ist hierbei der Anteil der Sozialleistungen, die über 40 % des Haushaltsetats ausmachen.

Alleine die Ausgaben für Leistungen nach dem SGB II (Hartz IV) betragen über 94 Millionen Euro, nach SGB XII (Grundsicherung im Alter) über 30 Millionen Euro. Diese hohen Beträge sind in der sozialen Situation in Nürnberg begründet, die Anlaß

zur Sorge geben muß und für die Zukunft unserer Stadt von richtungsweisender Bedeutung ist. Nach wie vor hat die Stadt Nürnberg eine unverhältnismäßig hohe Arbeitslosenquote von über 8%. Rund 55.000 Bürger leben von Transferleistungen, das sind über zehn Prozent der Bevölkerung.

In Befragungen geben sogar 30 bis 40 Prozent an, aufgrund von Arbeitslosigkeit oder Niedriglohnbeschäftigung in finanziellen Schwierigkeiten zu sein. Diese besorgniserregende Entwicklung kann nicht unabhängig von der Frage der Zuwanderung und der Bevölkerungsentwicklung betrachtet werden.

140.000 Fremde – Nürnberg mit 36% schon stärker überfremdet als Berlin

Von den 504.000 Einwohnern unserer Stadt sind rund 90.000 Ausländer und weitere ca. 50.000 haben einen sogenannten „Migrationshintergrund“, was einen Gesamtanteil von Menschen mit Migrationshintergrund von etwa 36 Prozent ergibt. Damit rangiert Nürnberg im deutschen Städtevergleich nach Stuttgart und Frankfurt auf Rang drei und damit noch vor Berlin. Es muß einmal klar gesagt werden, daß die finanzielle Situation der Stadt in unmittelbarem Zusammenhang mit dem hohen Ausländeranteil in unserer Stadt steht! Wir stehen heute vor der



Ralf Ollert

© Foto: privat

Situation, daß ganze Stadtteile überfremdet werden und sich die einheimischen Bürger dort immer weniger heimisch fühlen. Junge Deutsche meiden solche Viertel und diese werden somit mehr oder weniger langsam zu Problemvierteln mit hoher Arbeitslosigkeit, Kriminalität und drohender Parallelgesellschaft. Hierbei ist festzustellen, daß der Anteil der Ausländer an den Hartz IV-Empfängern in Nürnberg rund 40% beträgt und diese Bevölkerungsgruppe etwa zwei Drittel der Ausgaben für Grundsicherung im Alter bekommt.

In den Grund- und Hauptschulen in Nürnberg sind Migranten bereits oft in der Mehrheit. Selbst mit dem besten Schulsystem ist bei bis zu 30 Nationen in einer Klasse ein geordneter und leistungsbezogener Unterricht nicht mehr möglich.

Eine unakzeptable Situation

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Satz und Druck: E.i.S.

Nächste Ausgabe: bis zum 31.03.2011

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg

Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Nürnberg

Kein Bedarf an mehr Zuwanderung



BIA-Stadtrat Sebastian Schmaus: „Soziale Gerechtigkeit für Deutsche ist mit allen finanziellen Mitteln wiederherzustellen und deren Kinder, Familien und Alleinerziehende sind zu unterstützen.“
© Foto: privat

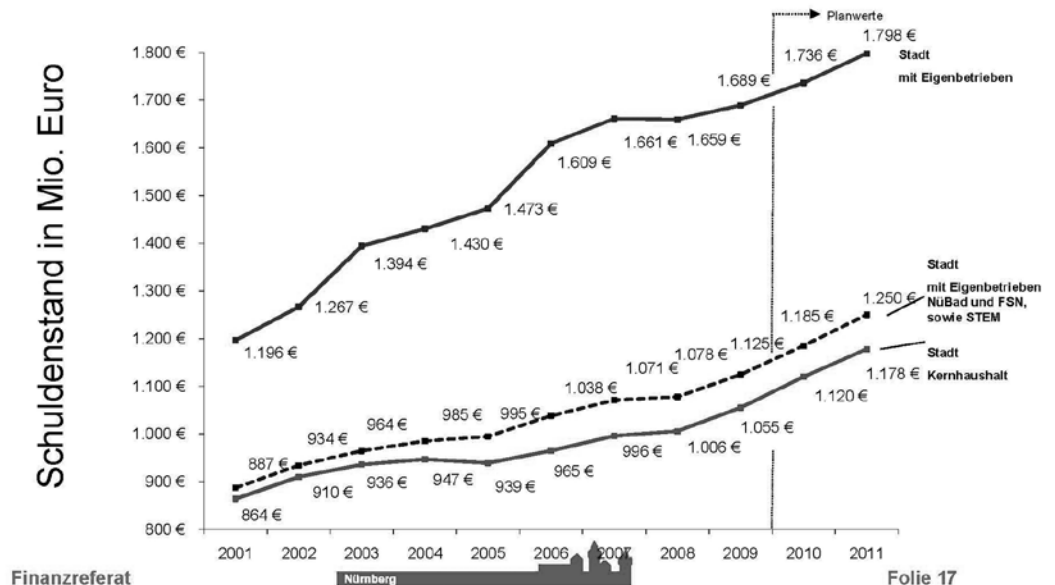
für die deutschen Kinder in diesen Schulen. Mit immer neuen und teuren Integrationsbemühungen versucht die Stadtverwaltung die Probleme zu lösen, was nicht gelingen kann. Denn seit vielen Jahren kommen die Zuwanderer nicht mehr aus der europäischen Region, sondern aus fremden Kulturkreisen, die einfach mit deutscher Kultur und Lebensweise nicht vereinbar sind. Es kann einfach nicht zusammenwachsen, was nicht zusammengehört! Dies zu erkennen und diese Erkenntnis in praktische Politik umzusetzen wäre das Gebot der Stunde, wie dies auch der frühere SPD-Politiker Thilo Sarrazin erkannt hat und fordert.

Auch die Nürnberger SPD sollte besser auf ihren Parteifreund hören, statt weiterhin an ihrer gescheiterten Politik festhalten. Stattdessen wird die weitere Zuwanderung in Nürnberg von den politisch Verantwortlichen noch weiter gefördert, wie die Beschlüsse in diesem Stadtrat immer wieder zeigen, beispielsweise die Bereitschaft, noch mehr Schein-Asylanten im Rahmen des „Save me“-Programmes der UNO aufzunehmen.

BIA

Schuldenentwicklung der letzten zehn Jahre

Investitionen treiben unsere Kreditaufnahme stetig nach oben



Seit zehn Jahren steigt die Nürnberger Verschuldung rasant an. Die Schulden resultieren zu einem Großteil aus ungebremster Zuwanderung von Ausländern in die deutschen Sozialkassen.

Das Märchen vom Bedarf an qualifizierten Zuwanderern

Wer, wie die CSU, eine Zuwanderung von „qualifizierten Zuwanderern“ will, ist ebenso weltfremd. Warum sollten hochqualifizierte Fachkräfte nach Deutschland kommen, wenn jährlich rund 150.000 gut ausgebildete deutsche Facharbeiter unser Land verlassen, weil sie hier keine geeignete Zukunftsperspektive mehr sehen oder woanders bessere Entwicklungsmöglichkeiten haben. Der immer wieder behauptete Fachkräftemangel ist in Wirklichkeit nicht gegeben, wenn man einheimische Potentiale entsprechend fördern würde.

Bereits vor zehn Jahren schrieb Albrecht Müller, Ex-Wahlkampfmanager Willy Brandts und Planungschef von Helmut Schmidt im SPD-Mitgliedermagazin „Vorwärts“: „Bestritten wird der Bedarf an Bevölkerungswachstum und dem daraus abgeleiteten

Zuwanderungswachstum; bestritten wird der Bedarf an organisierter zusätzlicher Zuwanderung. Bestritten wird, daß wir ähnlich wie die USA und Kanada ein Einwanderungsland sein müßten. Daß wir zum wirtschaftlichen Überleben Zuwanderer bräuchten, ist eine Mär.“

Tatsache ist, daß in der Regel immer nur sogenannte „bildungsferne“ unterprivilegierte Zuwanderer ins Land kommen. Diese „bereichern“ aber nicht, sondern „entreichern“ deutsche Sozialsysteme. Die **BIA** im Nürnberger Stadtrat fordert eine Umkehr in der Politik.

Eine weitere Zuwanderung wird nicht gebraucht, sondern ein Zuzugsstopp für solche Ausländer, auch nach Nürnberg.

Und es gilt, sich Gedanken darüber zu machen, wie die Zahl der Ausländer mit rechtsstaatlichen Mitteln wieder verringert werden kann. Dazu sind bestehende Gesetze auszuschöpfen, wie die mögliche Ausweisung

von Fremden, die hierzulande Sozialhilfe beziehen oder Straftaten verüben. Sämtliche finanziellen Ressourcen sind darauf auszurichten, soziale Gerechtigkeit für Deutsche wiederherzustellen und deren Kinder, Familien und Alleinerziehende zu unterstützen. Dies geht nicht in einer „multi-kulturellen Anspruchsgesellschaft“, sondern nur in der Solidargemeinschaft eines Volkes, die auf gleichen Werten und Grundüberzeugungen aufbaut ist.

Sich für eine wohnliche deutsche Stadt einzusetzen und die Interessen der einheimischen Bürger zu vertreten, ist weiterhin das Anliegen der **BIA**. Dies wird sie gegen alle Widerstände der herrschenden Politik verfolgen. Den Haushaltsplanentwurf für 2011, an dessen Mitwirkung man die **BIA** ja sowieso nicht beteiligt hat, lehnt die **BIA** deshalb ab.

Ralf Ollert, Sprecher der BIA-Stadtratsgruppe

BIA NÜRNBERG – ...die deutsche Kraft im Stadtrat.

Sozial
geht nur
national

www.auslaenderstopp.de



Wieso werden Krankenkassenbeiträge immer höher? Wo bleiben die Beiträge?

Zahlen für Eltern von Fremden im Ausland

Deutsche Krankenversicherungen müssen für Familienmitglieder ausländischer Arbeitnehmer die Kosten für ambulante und stationäre Behandlungen bezahlen – selbst wenn diese gar nicht in Deutschland wohnen, sondern in ihrem Heimatland.

Das gilt sogar für viele Eltern von in Deutschland krankenversicherten Ausländern aus der Türkei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. Diese bisher weithin unbekannte Ausweitung der kostenlosen Mitversicherung wurde vom Parlamentarischen Staatssekretär Franz Thönnies aus dem Bundesgesundheitsministerium auf Grund einer Anfrage der Abgeordneten Erika Steinbach enthüllt.

Bundesregierung bestätigt fremden Anspruch auf deutsche Leistungen

Im Namen der Bundesregierung bestätigte der Staatssekretär: In der Türkei, in Bosnien und Herzegowina, Serbien und Montenegro lebende Eltern eines in Deutschland krankenversicherten ausländischen Arbeitnehmers haben Anspruch auf Leistungen aus der Krankenversicherung. Der Kreis der Anspruchsberechtigten richte sich nach den Rechtsvorschriften des Wohnsitzstaates der Fa-



Die BIA unterstützt den Protest der Bürger mit Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Stadtrates.

© Foto: BIA

milienangehörigen. Grundlage seien, so Thönnies, ein deutsch-türkisches Abkommen vom 30. April 1964 sowie ein deutsch-jugoslawisches Abkommen vom 12. Oktober 1968.

Erika Steinbach forderte, diese Bevorzugung ausländischer Familienangehöriger in der kostenlosen Mitversicherung deutscher Krankenkassen abzuschaffen: „Deutschen Krankenversicherten ist die Einbeziehung von Eltern in die Familienmitversicherung verwehrt.“ Bei Deutschen dürften nur Ehegatten, Lebenspartner und Kinder beitragsfrei in die Familienversicherung aufgenommen werden.

So funktioniert laut Thönnies die Hilfe: Die in den erwähnten Staaten lebenden Familienangehörigen erhalten im Krankheitsfall zunächst Leistungen der Krankenversicherung des Wohnsitzstaates. Die Kosten werden anschließend von der deutschen Versicherung erstattet. Das geschehe je Familie in monatlichen Pauschbeträgen, die jährlich vereinbart würden.

Die Eltern eines Versicherten seien anspruchsberechtigt, wenn sie im Wohnsitzstaat nicht selbst auf Grund einer eigenen Versicherung oder der Versicherung einer anderen Person leistungsberechtigt sind und der Versicherte ihnen gegenüber

unterhaltspflichtig ist. In der Türkei habe sich der vereinbarte Monatspauschbetrag für die Betreuung einer Familie 1999 auf umgerechnet 17,75 Euro belaufen. Wohnen die Angehörigen in Deutschland, ist es erheblich teurer.

Die Gesamtsumme wollen die Verantwortlichen vertuschen

Die Gesamtsumme, wie viel die deutschen Krankenkassen jährlich auf Grund dieser Regelungen in das Ausland zahlen, nannte der Staatssekretär nicht.

Nach Ansicht von Steinbach muß diese Ungleichbehandlung „im Zuge der Umstrukturierung des Gesundheitswesens für ein Sparprogramm beseitigt werden“. Staatssekretär Thönnies betont dagegen, die Bundesregierung plane „insoweit“ keine Änderung der Abkommen mit der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien.

Außerdem kritisiert Steinbach, daß die Bundesregierung das Gesamtvolumen für diese Versicherungsausgaben verschweigt: „Die Zahlen müssen auf den Tisch.“

Die Abgeordnete Erika Steinbach, die insbesondere in geschichtlichen Fragen bereits massiv „aneckte“, dürfte mit diesen berechtigten Forderungen „auf verlorenen Posten“ stehen!